

Laibacher Zeitung.



Mr. 69.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbfl. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbfl. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbfl. fl. 7.50.

Montag, 28. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedw. 30 kr.

1870.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 21. März d. J. den Lemberger Oberlandesgerichtsrath Zannar Ritter von Krzywlowicz Pozniak zum Präsidenten des Kreisgerichtes in Boczow allergnädigst zu ernennen geruht.
Herbst m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. März d. J. die bei dem Oberlandesgerichte in Krakau erledigten Oberlandesgerichtsrathstellen den Landesgerichtsräthen Ludwig Kornberger in Tarnow, Franz Boronski in Lemberg, Leonhard Jarosch und Adolf Arzt in Krakau allergnädigst zu verleihen geruht.
Herbst m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Politische Uebersicht.

Laibach, 27. März.

Der Adress-Ausschuß nahm am 24. d. Abends in einer Sitzung, welcher von Seite der Regierung die Minister Dr. Hasner und Dr. Giskra beiwohnten, den sehr umfangreichen Bericht des zum Referenten gewählten Dr. Klier bezüglich der dalmatinischen Angelegenheit entgegen, welcher in dem Antrage gipfelt: „Das hohe Haus wolle beschließen, die Verordnung des Gesamt-Ministeriums vom 9. October 1869, sowie die kaiserliche Verordnung vom 29. October 1869 werden gegenüber dem eingetretenen bewaffneten Widerstande gegen das Gesetz für gerechtfertigt erklärt und genehmigt.“

Eine Minorität des Ausschusses, bestehend aus den Abgeordneten Graf Spiegel, Dr. Rechbauer, Dr. von Figuly und Elenc, wird als Zusatz zu dem Antrage der Majorität nachstehendes Minoritäts-Votum einbringen: „Das Abgeordnetenhaus spricht jedoch sein Bedauern aus, daß in dem Vorgehen der damaligen Regierung jene Umsicht nicht zu erkennen ist, welche geeignet gewesen wäre, den Ausbruch des Aufstandes hintanzuhalten, sowie daß die Art der Verlegung desselben nicht eine in jeder Beziehung entsprechende war.“

Eine Debatte fand nicht statt, sondern es wurde der Bericht der Majorität mit einigen unwesentlichen stilistischen Aenderungen mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Abgeordneten Grocholski und Krainsky erklärten, daß sie dem ersten Theile des Minoritäts-Votums, und die Abgeordneten Baron Tinti und Schindler, daß sie dem zweiten Theile desselben beitreten.

Endlich beschloß der Ausschuß, an den Minister des Innern das Ersuchen zu stellen, die Acten, welche auf die dalmatinischen Angelegenheiten Bezug nehmen, dem Präsidenten des Hauses zu übergeben, damit sowohl die Mitglieder des Ausschusses wie auch sämtliche übrige Abgeordnete nach Belieben Einsicht in dieselben nehmen könnten.

Die kaiserliche Ermächtigung zur Einbringung des Nothwahlgesetzes ist eingetroffen. Giskra's Rücktrittsgesuch wurde genehmigt. Gestern fand ein Minister-rath unter Vetheiligung Konhaj's über die Militär-grenzfrage statt.

Im Reichsrathe legte der Justizminister den Gesetzentwurf, welcher bis zum Inkrafttreten einer neuen Strafproceßordnung provisorische Erleichterungen in der Strafrechtspflege, namentlich für den Obersten Gerichtshof normirt, vor.

Aus Pest, 23. März wird gemeldet: Die der Deak-Partei angehörenden Mitglieder des Oberhauses hielten eine Privatconferenz, in welcher sie beschloßen, der Regierung in Angelegenheit der Reform des Oberhauses ein Memorandum zu unterbreiten, das folgende Hauptpunkte umfaßt: Die Magnaten haben nur dann einen Sitz im Oberhause, wenn sie 3000 fl. Steuern zahlen; Obergespänne erhalten keinen Sitz; die Krone hat das Recht, ein Drittel der Mitglieder zu ernennen.

In den süddeutschen Staaten scheinen die Militärverträge mit Preußen zu einer Krise führen zu wollen. Dieselben legen den bisher in ihren Finanzen sehr geregelten Staaten unerschwingliche Lasten auf, was man aus folgenden Daten ersehen kann: Am 8. September 1866, also unmittelbar nach dem Kriege mit Preußen, betrug die württemberg'sche Staats-

schuld noch erst 84,406,940 fl. Am 30. Juni 1869 war sie, Dank dem von Preußen importirten Kriegsdienstgesetze, auf 156,627,320 fl., also fast das Doppelte, angewachsen. Doch das ist noch lange nicht alles. Der Verwaltungs-Etat für 1865—1866 hatte noch einen Ueberschuß von 915,772 fl. aufzuweisen. In dem Etat für 1869—1870 ist dieser Ueberschuß von fast einer Million rein verschwunden, ja es stellt sich noch ein Deficit von 34,491 fl. heraus.

Auch in Baiern ist seit 1866 eine Vermehrung der Staatsschuld um nicht weniger als 78 Millionen eingetreten, und die Ausgaben sind von 46 auf 58 Millionen (darunter die Militär-Ausgaben von 10 auf 15 Millionen, also um 50 Percent) gestiegen.

In Württemberg hat sich aus der Militärfrage bereits eine Ministerkrise entwickelt. Die Minister v. Goltzer, v. Geßler und v. Wagner wurden auf ihr Ansuchen entlassen und erhielt jeder das Großkreuz des Kronen-Ordens. Zum Kriegsminister wurde der General-Quartiermeister v. Suckow und zum Minister des Innern der Staatsrath v. Scheurlen ernannt. Das Cultusministerium wurde interimistisch durch einen Ministerialrath besetzt. Der Landtag wurde vertagt, nachdem der König den Ministern befohlen, den Haupt-Finanz-Etat behufs Ersparnissen, namentlich im Kriegsdepartement, einer neuen Prüfung zu unterwerfen.

Eine Privat-Correspondenz der „Agence Havas“ aus Rom vom 23. d. meldet: Die Antwort des Papstes auf die Note Daru's ist nach Paris abgegangen. Das Concil hat seit Wiederaufnahme der Congregationen das Schema über die heterodoxe Philosophie discutirt. Die dritte öffentliche Concilsitzung, in welcher das Ergebnis dieser Berathung promulgirt werden wird, wird nicht vor Oftermontag stattfinden.

Der päpstliche Nuntius Chigi soll die Antwort Antonelli's der Regierung mitgetheilt haben. In verächtlichen Ausdrücken gehalten, weise sie einen französischen Abgesandten nicht zurück, zeige jedoch das Unnähe seiner Anwesenheit im Concil, dessen Berathungen sich bloß auf philosophische (?) Thesen beschränken, welche den Interessen der Staaten nicht widersprechen, mit denen der päpstliche Hof durch internationale Verträge verbunden ist.

Im Pariser gesetzgebenden Körper entwickelte Keratry in der Sitzung vom 23. d. den Entwurf einer Recrutirungsreform. Der Kriegsminister Leboeuf erwiderte auf die Ausführungen Keratry's. Er sagte, die Regierung werde energisch auf der Aufrechthaltung der mobilen Nationalgarde bestehen; eine Defensivpolitik schließe nicht eine defensive Strategie in sich; man müsse stets in Bereitschaft sein. Der Kriegsminister bekämpfte sodann die Ausdehnung der Heiratsbefugniß auf die Soldaten und die Verminderung des Contingents als unzumuthbar; er sagte, die Verbeihaltung der mobilen Nationalgarde sei schon der Reserve wegen nothwendig. Auf eine Frage Garnier-Pages, ob die mobile Nationalgarde zur Herabminderung des Effectivstandes der Armee diene, erwiderte der Kriegsminister, daß dies nicht der Fall sei. Im weiteren Verfolg seiner Erwiderung auf die Ausführungen Keratry's sagte der Kriegsminister: Ich bin nicht ermächtigt, von Politik zu sprechen; wenn ein Krieg ausbrechen würde, muß ich bereit sein. Das ist mein Metier; ich glaube aber, daß die Politik des Cabinets eine sehr friedliche ist. Der Entwurf Keratry's bezüglich einer Recrutirungsreform wurde sodann abgelehnt.

Der gesetzgebende Körper hat die Gesetzentwürfe, mit welchen das allgemeine Sicherheitsgesetz und das Gesetz vom Juli 1852 abgeschafft werden, einstimmig angenommen.

Die „France“ glaubt bereits Kenntniß von dem wesentlichen Inhalt des Senats-Consults zu haben, der die Theilung der constituirenden Gewalt regeln soll. Es sollen durch denselben 1. eine möglichst große Anzahl von Artikeln der Verfassung entzogen und auf das rein legislative Gebiet übertragen werden; 2. soll die geringe Anzahl der übrigbleibenden Verfassungsartikel als von dem Senat und dem gesetzgebenden Körper unanfechtbar und über jede Controverse erhaben hingestellt werden; 3. diese neue „Charte“ ist doch vervollkommnungsfähig, aber nur durch Appell ans Volk, zu dem nur das Staatsoberhaupt die Initiative hat; 4. die legislative Gewalt wird zu gleichen Theilen der zweiten Kammer und dem in eine Pairskammer sich verwandelnden Senate verlichen; 5. das Princip der Ernennung der Senatoren durch den Kaiser bleibt aufrechterhalten.

Die Arbeit in den Minen von Kreuzot wurde am 23. d. M. in Folge von Drohungen und Gewaltthätigkeiten der Minenarbeiter eingestellt. Ein Haufe derselben begab sich in die Bauwerkstätten und in die Schmieden, um daselbst die Arbeiten zu hindern. Der Versuch wurde dreimal gemacht, aber durch die dortige Arbeiterbevölkerung vereitelt. Man glaubt, daß die Bewegung an dem guten Geiste der durch die Anwesenheit der Truppen gesicherten und geschützten Bevölkerung scheitern werde. Der Haupträdelesführer ist immer wieder Affly. Die Bewegung scheint einen ganz politischen Charakter zu haben.

Ein Telegramm vom 23. Abends lautet: 200 Aufwiegler begaben sich nach Montchanin, um die friedlichen Minenarbeiter daselbst zu bewegen, die Arbeiten einzustellen. Ein Bataillon Chasseurs mit dem Präfecten an der Spitze verfolgte die Bande und machte sieben Gefangene. Die Arbeiten werden fortgesetzt. In anderen Partien des Hüttenwerks, welche Schneider besuchte, wurde ihm ein sympathischer Empfang zu Theil. Die ganze künstlich provocirte Bewegung ist das Resultat einer politischen Ueberreizung. Zwei der Haupträdelesführer wurden auf Anordnung des General-Procurators verhaftet.

Die Nacht auf den 24. verlief ganz ruhig. Drei Schmiede-Arbeiter versuchten in der Nacht in die Schmiede einzudringen, um die Arbeit zu unterbrechen, dieselben wurden jedoch abgewiesen. Morgens wurden sechs Verhaftungen vorgenommen.

Ueber den Proceß des Prinzen Pierre Bonaparte liegen nachstehende telegraphische Nachrichten vor:

Tours, 23. März. Das Zeugenverhör wurde heute fortgesetzt. Natal sagt aus, er habe Fonvielle beim Apotheker sagen gehört, daß der Prinz Maulschellen erhalten habe. Fonvielle leugnet dies. Natal hält seine Aussage aufrecht. Der Journalist Wachter erklärt, Fonvielle habe in einer Unterredung gesagt, daß die Verleumdung eine Waffe sei, welche wir das Recht haben, gegen unsere politischen Gegner zu gebrauchen. Mehrere Zeugen erklären, Fonvielle hätte gesagt, daß Noir den Prinzen geschlagen habe. Andere Zeugen sagen aus, daß Fonvielle bloß von einer Handbewegung Noir's gesprochen habe. Fonvielle leugnet alles hartnäckig.

Tours, 23. März. Rochefort erzählt die Begebenheiten bei der Herausforderung seitens des Prinzen und fügt hinzu, Emanuel Arago empfahl ihm, als er von der Herausforderung erfahren, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, weil der Prinz eine Canaille sei. Zeugen sagen aus, sie haben die Worte, die man Fonvielle in den Mund legte, nicht gehört, daß nämlich Noir den Prinzen geohrfeigt habe. Andere Zeugen, Redacture der demokratischen Journale, bestätigen, daß Noir eines sehr sanften Charakters war. Rochefort war in Folge Unwohlseins genöthigt, den Saal zu verlassen.

Tours, 24. März. Mehrere Zeugen constatiren den streitsüchtigen Charakter Noirs. Anlässlich des Verhaltens des Prinzen bei dem Vorfalle entsteht ein heftiger Wortwechsel zwischen dem Prinzen und dem Advocaten Laurier. Fonvielle mischt sich hinein und ruft (zum Prinzen gewendet): „Sie haben Noir in feiger Weise ermordet.“ Die Sitzung wird unterbrochen, nachdem der General-Procurator die Entfernung Fonvielle's verlangte.

Ueber denselben Zwischenfall berichtet ein anderes Telegramm aus Tours, 24. März: Bei der heutigen Fortsetzung des Zeugenverhörs im Proceß Pierre Bonaparte kam es zu einem großen Tumult. Der Angeklagte schrie einen Zeugen heftig an. „Ich bin für Frankreich verwundet worden,“ rief er, zum Advocaten gewendet, „ich bin muthiger als er und die ganze Partei, der er angehört.“ Da fiel ihm Fonvielle ins Wort. „Feige sind Sie,“ ruft er erregt, „ein feiger Mörder, der meinen Freund umgebracht hat.“ Ein unbeschreiblicher Lärm folgte diesen Worten. Gendarmen führten schließlich Fonvielle weg, obwohl der Commissär ihnen zurief, sie sollten erst die Ordre hierzu abwarten. Der Gerichtshof berieth hierauf über den Zwischenfall, ordnete eine Untersuchung über denselben an und ermahnte den Angeklagten, sich künftighin ruhiger zu verhalten.

Aus Pavia, 24. März wird gemeldet: Heute Morgens nach 4 Uhr griff eine Bande unter dem Rufe: Es lebe Rom! nieder mit der Monarchie, es lebe die Republik! die Caserne S. Francesco an. Es entstand ein Conflict mit den Soldaten, wobei mehrere verwun-

det und ein Sergeant getödtet wurden. Bei einem der Angreifer, welcher fiel, fand man zwei Carabinierrevolver. Vier Sergeanten der Besatzung sind verschwunden. Aus der Artilleriecaserne kamen 79 Revolver abhanden. (Es scheint, daß dieses Attentat, wenn es gelungen wäre, das Signal zu einer gleichzeitigen republicanischen Bewegung in Mailand, Genua, Bologna — wo mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden — und selbst Florenz geben sollte, wo die Polizei Orsinibomben u. dgl. sequestrirte). Mazzini soll wieder in Italien sein, um die Unternehmungen seiner Anhänger persönlich zu leiten. — Das Blatt „La Libertà“ hatte in seiner gestrigen Nummer, zugleich seiner letzten, den Tag als nahe angekündigt, an dem das Vaterland von seinen „Tyranen“ gesäubert sein werde.

Die verschiedenen Parteien in Spanien scheinen gegenwärtig entschlossen, ihre Pläne energisch zu verfolgen. So erzählt man sich vom General Cabrera, der bekanntlich an der Spitze der carlistischen Bewegung steht nachfolgende Anekdote: Ein bekannter und angesehener spanischer Bankier machte dem General in London einen Besuch. Bei dieser Gelegenheit kam die carlistische Bewegung zur Sprache, und der Bankier äußerte seine Zweifel über den Erfolg derselben. General Cabrera zog hierauf eine Bistifarte aus seiner Tasche, theilte sie in zwei Theile und gab dem Bankier eine Hälfte mit der bestimmten Versicherung, daß er ihm die andere Hälfte in längstens einem Jahre in Madrid selbst übergeben werde.

Die Levantepost bringt folgende Nachrichten: Der langwierige Streit zwischen dem griechischen Patriarchen und den Bulgaren ist endlich durch einen Ausgleich geschlichtet, zu dessen Annahme die Pforte beide Parteien verpflichtet hat. Es wird eine besondere Kirchenverwaltung unter dem Titel „Exarchat von Bulgarien“ errichtet, welche 14 Diöcesen umfaßt. — Die Bemühungen des päpstlichen Abgeordneten, die armenischen Dissidenten zum Nachgeben zu bewegen, sind fruchtlos geblieben. Dieselben halten an den alten Privilegien ihrer Kirche fest, wollen gute Katholiken bleiben, sich jedoch den Usurpationen Roms nicht fügen. Der französische Votschaffer und der italienische Gesandte wurden beauftragt, ihren Anspruch, von der Pforte als besondere religiöse Gemeinde anerkannt zu werden, zu unterstützen, und wahrscheinlich wird schon in allernächster Zeit die Wahl eines Gegenpatriarchen stattfinden. — Die Arbeiten an der Eisenbahnlinie Enos-Adrianopol sollen binnen kurzem beginnen. — In Smyrna wurde ein Entweichungscomplot von über 200 Sträflingen — unter denen sich die ärgsten Missethäter befinden — durch Waffengewalt vereitelt. — Ueber die vom griechischen Marineminister Tombafis in letzter Zeit getroffenen Maßregeln meldet „La Grece“: Die Panzerschiffe „Georg“ und „Olga“ werden in Poros stationirt und ihre Mannschaften im Handhaben der Armstrongkanonen eingeübt. Die Dampfer „Creta“ und „Enofis“ werden ausgerüstet und letztere in Corfu stationirt. Die Fregatte „Hellas“ wird versteigert, die Segelfregatte „Miffolunghi“, die als Schulschiff diente, abgerüstet und die Schule aufgelöst. — Aus Meschid, 1. Februar, wird dem „Lev. Her.“ geschrieben, daß die Russen in Buchara und Khiva bedeutende Fortschritte machen. Die Häuptlinge von Seistan sind gegen Persien aufgestanden, wobei sie auf die Unterstützung des Emirs von Cabul zählen, der Seistan seinem Reiche einzuverleiben wünscht. In Meschid wurde ein Eingebornen von Buchara als russischer Agent angestellt.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 23. März.

Die Sitzung wurde mit der Debatte über das Budget des Ministeriums für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit eröffnet. Zu Titel 1: Centralleitung, 215.000 fl. nimmt Abg. Widmann das Wort, um die Uebelstände in Betreff des Gendarmerie- und Polizeiwesens einer Beleuchtung zu unterziehen und die von der Regierung in Aussicht gestellte Vorlage eines neuen Organisationsstatuts für die Gendarmerie zu urgieren. Schließlich plaidirt Redner für Annahme der Summe von 215.000 fl. für die Centralleitung. Abg. Dr. Rehbauer erklärt: Betreffs der Polizeiverwaltung im Lande läßt sich nicht verkennen, daß auf dem Wege der Gesetzgebung weniger dafür geschehen kann. Das Volk muß sich selber helfen können, muß selbst Opfer bringen, um für seine Sicherheit zu sorgen.

Was die Verweisung der Gendarmerie und der Polizei an das Landesverteidigungs-, respective an das Ministerium des Innern betrifft, so kann ich durchaus nicht die Ansicht theilen, daß die Gendarmerie an das Landesverteidigungsministerium zugetheilt werde und die Polizei dem Ministerium des Innern. Daß der Gendarm auch Soldat ist, ist kein triftiger Grund, daß er nicht einem civilen Ministerium untergestellt werde. Wir haben auch hier in Wien bei der Organisation der Polizeiwache die Erfahrung gemacht, wie vortheilhaft es ist, wenn die Polizeiorgane sich bewußt sind, nicht eine privilegierte Stellung einzunehmen, sondern wissen, daß sie selbst jenen Gerichten unterstehen, denen auch der Bürger untersteht. Denn während durch die frühere Polizeiwache häufige Ueberschreitungen der Amtsgewalt vorkamen,

sind solche jetzt durch die neue Organisation verschwunden.

Redner beantragt nebst einem weitgehenden Abstrich die Annahme einer Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, ehestens einen Gesetzentwurf über die Organisation der Gendarmerie vorzulegen, in welchem die Unterstellung der Gendarmerie unter das mit dem Ministerium des Innern vereinigte Polizeiministerium ausgesprochen und die Gendarmerie, unbeschadet ihrer militärischen Stellung, der Civiljurisdiction übergeben wird.

Betreffend die Ausgaben für Armatur bemerkt noch Redner, das Haus nur darauf aufmerksam machen zu wollen, daß den Delegationen Bestimmungen vorgelegt worden sind, wornach bis Mitte 1868 eine Anzahl von 300.000 Gewehren zu liefern waren. Wir haben jetzt 1870 und die Gewehre sind noch immer nicht abgeliefert.

Der Präsident bringt hierauf den Antrag Dr. Rehbauers zur Verlesung und stellt die Unterstüßungsfrage. Der Antrag wird zahlreich unterstüßt.

Dr. v. Mahrhofer bespricht den ungeheuren Militäraufwand und die nachtheiligen Folgen desselben für die staatliche Entwicklung und stellt den Antrag auf folgende Resolution: „Es wird die Regierung aufgefordert, auf ausgiebige Ersparungen im Militärbudget hinzuwirken und das Ziel anzustreben, durch die Erhaltung des Friedens und eine allgemeine europäische Entwaffnung die Möglichkeit zu schaffen, den Stand der Armee herabzusetzen.“

Der Antrag Mahrhofers wird zahlreich unterstüßt. Abg. Dr. Rehbauer weist darauf hin, daß die einzige Möglichkeit, einen Einklang zwischen Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalte herzustellen, nur in der Herabsetzung der Armee liegt. Eine solche Herabsetzung müsse aber eine in allen Staaten gleichmäßige sein, und deshalb sei eine allgemeine europäische Entwaffnung anzustreben. Die Länder können unmöglich die großen Rüstungen auf die Dauer ertragen. Dem allgemeinen Drange der Völker werden aber die Regierungen weichen müssen.

Landesverteidigungsminister v. Wagner theilt mit, daß der Entwurf eines neuen Gendarmeriegesetzes bereits Sr. Majestät zur a. h. Sanction vorliege. In Betreff des Rehbauer'schen Antrages weist Herr Minister v. Wagner auf die Unmöglichkeit weiterer Reducierungen im Erfordernisse für die Landwehr hin, die ja ihre gegenwärtige Organisation vom Reichsrathe selbst erhalten habe. Gegenwärtig sei zwar keine Gefahr für die Störung des Friedens vorhanden, allein Vorsicht müsse immer angewendet werden, und deshalb bitte er, ihm die Mittel zur Anwendung dieser Vorsicht nicht zu verweigern.

Berichterstatter R. v. Hopfen wendet sich gegen die Resolution Mahrhofer's. Die Intentionen des Hauses seien immer auf Ersparung gegangen, die heutige Debatte aber habe die Haltung des Hauses nur in ein falsches Licht gestellt.

Bei der Abstimmung wird der Punkt „Centralleitung“, mit 215.000 fl. eingestellt, angenommen.

Die Resolution Mahrhofer's wird mit 64 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten die Polen und die Großgrundbesitzer; für dieselbe die gesammte Linke und die Slovenen mit Ausnahme des Abgeordneten Toman.

Bei Titel II. „Landwehr“ nahm Abg. Weiss das Wort und erklärte, die Durchführungsbestimmungen zum Landwehrgesetz zu vermissen, die Landwehr stehe bis jetzt nur auf dem Papiere. Abg. Czernakowski bekämpft den Rehbauer'schen Antrag auf Herabminderung der Landwehr und eben so die vom Ausschusse beantragte Resolution. Dasselbe thut der Abg. Froschauer, während Abg. Kuranda die Resolution vertritt. Abg. Toman nimmt in längerer Rede die militärische Sonderstellung Tirols in Schutz, während die Abg. Rehbauer und Leonardi für die Resolution des Ausschusses sprechen.

Bei der Abstimmung wird die vom Ausschusse beantragte Resolution: „Die kaiserliche Regierung wird aufgefordert, die geeigneten Schritte zu thun, daß die Wehrkraft von Tirol in einem der Leistung der übrigen Königreiche und Länder entsprechenden Verhältnisse zur Verttheidigung des Reiches herbeigezogen werde,“ mit bedeutender Majorität angenommen.

Dagegen: die Polen und Slovenen.

Ebenso wird das Gesamt-Erforderniß des Ministeriums für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit in der Höhe von 7,252.773 fl. votirt.

Zu dem Etat des Ministeriums für Cultus und Unterricht hatte der Ausschuss drei Resolutionen vorgelegt. Die erste derselben, des Inhalts:

„Das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht wird aufgefordert, in Erwägung zu ziehen, inwiefern bei der Centralleitung die Concipistenstellen aufzulassen wären, und bei der Besetzung erledigter Secretärstellen, mit Wahrung erworbener Rechte der bisherigen Beamten mindestens theilweise auf die Heranziehung von Professoren aus den verschiedenen Königreichen und Ländern Rücksicht genommen werden könne,“ wurde mit 60 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Der zweite Antrag des Ausschusses lautet:

„Die Regierung werde aufgefordert, dahin zu wir-

ken, daß die Beisteuerungen für Mendicanten- und Nonnenklöster, insoweit sie nicht stiftungsmäßiger Natur sind, und mit billiger Berücksichtigung der etwaigen Ansprüche derjenigen Kloster-Angehörigen, die sich demalen innerhalb des numerus fixus in den einzelnen Conventen befinden, in Abfall gebracht werden.“ — Gegen diesen Antrag wendet sich Abt Helfersstorfer, während Minister Stremayr den Antrag insoweit zur Annahme befürwortet, als darin an die Regierung die Aufforderung ergeht, den Rechtstitel dieser Klosterbezüge zu prüfen. Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag mit 59 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Schließlich kommt die Resolution zur Verhandlung, daß der Staat keine weiteren Beiträge für die geistlichen Correctionsanstalten mehr liefern solle. Die Resolution wird bei namentlicher Abstimmung mit 66 gegen 34 Stimmen angenommen. Die anwesenden Minister: Vanhans, Giska und Stremayr, sowie der Abg. Kuranda enthalten sich (Letzterer mit Rücksicht auf seine Confession) der Abstimmung.

Schluß der Sitzung gegen halb 4 Uhr Nachmittags. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Wien, 24. März.

Die Sitzung beginnt um 11 Uhr.

Auf der Ministerbank Dr. Hasner, Dr. Herbst, Dr. v. Stremayr, FML. Wagner und Herr von Plener.

Abg. Vanderstraf überreicht die Petition der Stadt Brunn um Errichtung der mährischen Landes-Universität in Brunn.

Die gestern eingebrachte Vorlage über die Forterhebung der Steuern bis Ende Juni wird auf den Antrag Hopfen's als dringlich behandelt, sofort in Berathung gezogen und bei derselben ohne Debatte genehmigt.

Die Budgetdebatte wird fortgesetzt.

Zu den Stiftungen für griechisch-orientalische Cultuszwecke gestellte Resolution: „Die Regierung werde aufgefordert, die Stiftungen von den Beiträgen zu Cultuszwecken im Budget des künftigen Jahres zu scheiden. die rechtliche Verbindlichkeit des Staates zur Zahlung dieser Beiträge nachzuweisen und womöglich einer neuen Prüfung zu unterziehen,“ wird nach einer kurzen Rede des Abg. Knezevich angenommen.

Bei dem Titel „Landes- und Bezirks-Schulräthe“ ergreift der Abg. Schindler das Wort. Er erklärt, er habe aus Tirol eine Zuschrift erhalten, daß er über die Schulzustände in Tirol interpelliren möge. Zugleich wird die Klage erhoben, daß Deutschtirol ohne Vertretung sei.

Das ihm Mitgetheilte eigne sich wohl nicht zu einer Interpellation, aber es sei so prägnant, daß er dasselbe hier vortragen wolle. Die Schreiber fragen, ob die Schulaufsäher bei den Geistlichen erst fragen sollen, ob sie das Reichsschulgesetz ausführen sollen oder dürfen. Nicht nur die neuen Schulbücher werden von den Geistlichen abgewehrt, sondern sogar gegen die alten wird Opposition erhoben und der Grundsatz aufgestellt, daß die Gemeinde-Angehörigen sich erst bei den Curaten, die sie zu Anhängern der neuen christlichen Kirche in Rom machen wollen, anfragen sollen, ob sie den obrigkeitlichen Weisungen folgen sollen.

Wenn in Südtirol Ausschreitungen stattfanden, hat es die Regierung nie an Energie fehlen lassen. Wie kommt es, daß die Regierung in Südtirol so energisch, in Nordtirol so schwachmüthig ist. Die Schreiber aus Tirol verlangen, daß die Regierung endlich die Gesetze durchzuführen im Stande sein solle.

Abg. Dienst führt Klage, daß Niederösterreich noch immer eines Schulaufsichtsgesetzes entbehrt. Die Differenz zwischen Regierung und Landtag bezüglich dieses Gesetzes bildete nur die Birilstimme für die Geistlichen im Ortschulrath. Um ein Gesetz zu erlangen, war in der zweiten Session ein Theil des Landtages bereit, diese Birilstimme zuzugestehen, aber die Abgeordneten vom flachen Lande erklärten, dies würde bei der Bevölkerung den größten Widerwillen gegen die neue Institution wachrufen.

Redner spricht die Erwartung aus, daß die Regierung endlich ihren Widerstand gegen das vom n.-ö. Landtage beschlossene Gesetz aufgeben wird. Manches berechtigt zu dieser Erwartung. Der Bischof von Linz hat den Eintritt der Geistlichen in den Ortschulrath versagt, und so muß sich dort der Schulrath auch ohne die Geistlichen constituiren. Die Regierung sollte von Bestimmungen absehen, deren Ausführung nicht von ihr abhängt, sondern von dem Belieben jedes einzelnen Bischofes.

Abg. Bauer weist auf die Ungleichheit in der Lage der Länder hin, die ganz ungleichartige Lasten für das Volksschulwesen tragen müssen. In Kärnten gebe ein Kreuzer Zuschlag zum Steuergulden 18.000, in Niederösterreich 110.000 fl. Es frage sich in der That, ob Kärnten in der Zukunft die Kosten für das neue Schulwesen werde tragen können.

In Desterreich geschehe von Seiten des Reiches zu wenig für das Volksschulwesen, das Reich sollte den einzelnen Ländern bei der Durchführung der neuen Schulorganisation unter die Arme greifen.

Abg. Andriewicz bespricht die Verhältnisse in der Bukowina.

Der Unterrichtsminister v. Stremayr gibt folgende Erklärung:

Wenn die Aufforderung an die Regierung zum energischen Einschreiten gestellt wird, so kann das nur einen zweifachen Sinn haben: Verletzungen des Gesetzes verfallen der vollen Strenge des Strafgesetzes. In dieser Beziehung kann von einem Eingreifen in die Thätigkeit der Gerichte keine Rede sein. Wenn es sich aber um die energische Durchführung der Gesetzgebung im Wege der Administration handelt, so ist es nöthig, von den allgemeinen Principien herabzusteigen zu den concreten Verhältnissen, mit welchen die Vermittlung zu geschehen hat. In dieser Beziehung kann sich aber die Regierung nicht verhehlen, daß es sich nicht sowohl um übelwollende als vielmehr um irregeleitete, ich darf sagen bethörte Theile der Bevölkerung handelt und daß, wenn diese im Wege der Administration getroffen werden sollten, gewiß die Unschuldigen getroffen würden. Darum werden nicht Maßregeln zu ergreifen sein, welche den concreten Fall zum Ausgangspunkte nehmen, sondern solche, die von höheren Gesichtspunkten aus die Verhältnisse erfassen.

Der Minister führt bezüglich des niederösterreichischen Schulaufsichtsgesetzes an, daß die Erwartung bezüglich der Sanctionierung desselben leider nicht als richtig bezeichnet werden könne. Die Vertretung der Kirche im Ortschulrath sei eine principiell beschlossene und auf die Anregung in diesem Hause selbst angenommene Thatsache, welche auch in den Gesetzen aller Länder Anerkennung fand. Es handelt sich bei der Frage der Vertretung der Kirche im Ortschulrath um die Wahrung der religiösen Interessen.

Hohes Haus! Die Regierung hält es auch jetzt noch für ihre Aufgabe, die wahren Interessen der Religion und der Kirche zu vertreten. (Bravo rechts.) Es kann der Regierung nichts ferner liegen als zu verwechseln das Treiben Einzelner und auch gewiß Vereinzelter, das auf den Mißbrauch der heiligsten Interessen zur Vergewaltigung der Hoheitsrechte des Staates gerichtet ist. Sie spricht vielmehr geradezu aus, daß sie in dem Schutze der wahren Interessen der Religion ihren Beruf findet, in ihrem Schutze Angriffen gegenüber, sowohl wenn sie selbst aus der Mitte der Vertreter der Kirche hervorgehen, als wenn sie von der entgegengesetzten Seite kommen.

Bei dem Titel „Staatszuschuß zu Normal-Schul-fonden“ stellt Abg. Ljubiffa den Antrag, das bisher im Verhältniß zu den Städten in Dalmatien ganz vernachlässigte Schulwesen auf dem Lande zu berücksichtigen.

Abg. Czerkawski beantragt für Galizien als außerordentliches Erforderniß 20.000 Gulden einzustellen.

Abg. Capenna stellt den Antrag, den Staatszuschuß für Dalmatien von 41.654 Gulden auf 50.000 Gulden zu erhöhen, worauf Ljubiffa den Resolutionsantrag zurückzieht.

Der Unterrichtsminister faßt den Antrag dahin auf, daß außer der gesetzlich fixirten Beitragssumme noch ein außerordentlicher Beitrag für das Schulwesen in Dalmatien geleistet werden solle und kann diesen Antrag nur dringend zur Annahme empfehlen.

Die Anträge Czerkawski's und der hienach modificirte Antrag Capenna's werden angenommen.

Beim Titel „Staatszuschuß zu Studienfondem“ ergreift Baron Weiss das Wort, um dem Minister dringend die Ueberwachung der geistlichen Lehranstalten zu empfehlen, und macht darauf aufmerksam, daß in den meisten theologischen Anstalten die Moraltheologie nach einem Lehrbuche von Gury vorgetragen wurde, dessen eigenthümliche Moral Redner durch mehrere Beispiele erläutert, die große Heiterkeit hervorrufen. (Wird z. B. die Bulle „in coena domini“ verfochten, die alle Ketzer verflucht, ebenso alle, die neue Abgaben einführen. Es wird weiter in dieser Moraltheologie vertreten, daß der Diebstahl nicht immer eine Sünde sei.) Eine solche Moral werde den jungen Theologen tradirt, und mit solchen Gedanken treten die Geistlichen dann unter das Volk. Da könne man doch nicht behaupten, daß alles dies dem Staate gleichgültig sein solle. Der Staat habe die Pflicht, das Volk vor der Jesuitenmoral zu schützen. Die Frage werde demnächst auch praktische Bedeutung erlangen, wenn die Infallibilität einmal proclamirt sein wird.

Abg. Leonardi beantragt, das Erforderniß für Tirol um 4400 fl., und zwar für die medicinische Facultät in Innsbruck zu erhöhen.

Abg. Czerkawski stellt den Antrag, 30.000 fl. als außerordentliches Erforderniß zum Bau eines neuen Gebäudes einer technischen Akademie in Lemberg zu bewilligen.

Abg. Rechbauer sagt, es sei doch seltsam, daß man die Gesetzgebung den Landtagen übergebe, aber das Geld vom Reiche verlange. In Oesterreich sei seltsames Maß. Für die Anstalten in Prag, Lemberg, Wien und Brünn zahle der Staat, in Steiermark müsse das Land zahlen, und es zahle gern für seine Anstalten, da es eben für die Autonomie auch Opfer bringe. Dazu könne man sich aber nicht verstehen, noch für andere größere Länder beizusteuern.

Abg. Grocholski sagt, es handle sich nicht um ein neues, sondern um ein bereits bestehendes Institut. Die

Gegenpartei sei nicht consequent, denn sie gerade habe ohne die Länder zu fragen, ein Schulgesetz beschlossen und die Kosten dem Lande übertragen. Redner weist noch auf die Verschiedenheit der volkswirtschaftlichen Entwicklung Steiermarks und Galiziens hin, und auf den Druck, den Galizien gelitten.

Abg. Rechbauer erwidert, daß seit 100 Jahren die Behandlung eine gleiche gewesen. Steiermark und Galizien hätten unter gleichem Drucke des Bureaucratismus und Militarismus gelitten, man könne sich in dieser Beziehung die Hände reichen. Schindler fügt bei, der Ultramontanismus sei vom Borredner vergessen worden. Und doch, sagt Redner, wenn wir uns von diesen Fesseln befreien wollen, sind die Herren von der Gegenseite nicht in unseren Reihen. (Zustimmung.)

Leonardi's Antrag wird angenommen, Czerkawski's Antrag abgelehnt.

Die vom Ausschusse beantragten Resolutionen in Betreff der Verwaltung der Studienfonde werden angenommen, ebenso die anderen Resolutionen, und zwar 1. die Beförderung der Vorlage eines Gesetzes über die Organisation der Universitätsbehörden eventuell in Verbindung mit den Bestimmungen über eine Rigorosen-Ordnung; 2. die Vernichtung an den Hochschulen durch die geeignete Bestellung der Prüfungscommission vollständig durchzuführen; 3. die Forderung um Vorlage eines Gesetzes über die theologischen Studien; 4. die medicinischen Studien durch Creirung mehrerer medicinischen Facultäten, zunächst durch die diesfällige Umwandlung medicinisch-chirurgischer Lehranstalten in Lemberg, Olmütz und Salzburg zu erleichtern.

Abg. Toman spricht das Verlangen nach einer solchen Lehranstalt für Laibach aus.

Die Abgeordneten Gschnitzer und Mandelböck befürworteten die Resolution.

Abg. Klun unterstützte auf das wärmste den vom Abg. Toman ausgesprochenen Wunsch.

Auch die anderen Resolutionen werden angenommen. Wir heben von denselben jene hervor, in welcher für eine der nächsten Sessionen eine Gesetzesvorlage über die Organisation der Gymnasien, sowie über die Rechte und Pflichten der an diesen Lehranstalten bestellten Professoren verlangt wird.

Eine folgende Resolution enthält die Aufforderung, die Regierung möge auf die Completirung der Lehrkörper der Gymnasien im allgemeinen und insbesondere durch Professoren, welche die vorgeschriebene Lehramtsprüfung abgelegt haben, mit Entschiedenheit dringen, eventuell die Entziehung des den betreffenden Anstalten eingeräumten Rechtes der Ausstellung staatsgiltiger Zeugnisse in Aussicht stellen. Auch diese Resolution wird angenommen, ebenso die letzte, welche lautet: die Regierung möge das bezüglich der theologischen Facultät in Innsbruck mit den Jesuiten bestehende Vertragsverhältniß ehestens lösen.

Sämmtliche folgende Titel des Unterrichtsbudgets wurden unverändert genehmigt.

Vor Schluß der Sitzung interpellirte noch der Abg. Rechbauer, wie weit die Arbeiten in Betreff des Advocaten-Disciplinargesetzes gediehen seien, und erhielt die Aufklärung, daß der Ausschuss eben im Begriffe steht, den Bericht über das vollendete Gesetz festzustellen.

Die nächste Sitzung den 26. d. M.

Tagesneuigkeiten.

Wiener Frauen-Erwerbverein.

Die 3. General-Versammlung des Wiener Frauen-Erwerb-Vereines hat neuerdings gezeigt, wie schnell sich in Oesterreich neue Ideen und moderne Institutionen einzubürgern vermögen und wie reichlich die Kräfte vorhanden sind, die sich mit ernstem Sterben ihrer Ausführung widmen. Der von der Vereins-Secretärin, Frau v. Enderes, verfaßte Rechenschaftsbericht constatirt den glücklichen Aufschwung des Vereines, der in seiner bereits sehr ausgebreiteten und erfolgreichen Wirksamkeit den Frauen Wiens alle Ehre macht. Die vom Vereine im Herbst 1868 ins Leben gerufene Handels- und Gewerbschule wird in ihren verschiedenen Abtheilungen von 332 Schülerinnen besucht und mußten, um dem großen Andrang zu genügen, Parallellassen eröffnet werden.

Von den abolvirten Schülerinnen des Vereines haben die meisten passende Stellen als Buchhalterinnen, Cassierinnen, Telegraphistinnen und Verkäuferinnen unter theilweise sehr vortheilhaften Bedingungen erhalten. Neun derselben wurden bei der vorjährigen Arbeiter-Industrie-Ausstellung für Ausarbeitungen im Zeichnen, für Aufsätze über Buchführung, Correspondenz und Wechselverfahren ausgezeichnet. Die Nähstube, in welcher Hand- und Maschinennähen, Wäschezuschnitten und Schnittzeichnen gelehrt werden, wurde von 200 Schülerinnen besucht. Mit ihr steht die Arbeitsvermittlung in Verbindung, welche die Vermittlung von circa 700 Arbeiten besorgte. Bei der Couvert-Fabrikation in der Staatsdruckerei, die täglich 130.000 Brief-Couverts liefert, wurden 56 Mädchen mit einem Wochenlohn von 3 bis 6 fl. beschäftigt. Die Krankencasse der Arbeiterinnen beträgt 527 fl. Der Telegraphencurs wurde von 21 Schülerinnen vollendet, welche sämmtlich nach abgelegter Prüfung von der Direction des hiesigen Localtelegraphen mit einem Monatsgehälter von 20 bis 25 fl., die Stationsleiterinnen von 30 fl. und freier Wohnung ange-

stellt sind. Die Direction spricht sich über ihre Pünktlichkeit, Sorgfalt und gute Verwendung sehr anerkennend aus. Die Zahl der Vereinsmitglieder beläuft sich auf 1586. Die Einnahmen des Vereines betragen 5048 fl. 23 kr., die Ausgaben 3179 fl. 27 kr., der Vermögenszuwachs 1868 fl. 69 kr., das Gesamtvermögen des Vereines mit Schluß 1869 9755 fl. 31 kr.

Ein ganz besonderes Interesse der diesjährigen General-Versammlung, welche von der Präsidentin, Frau v. Neuwall, mit großer Gewandtheit geleitet wurde, bot das Austausch eines weiblichen Rednerialentes ersten Ranges dar. Frau Marianne Hainisch, die Gattin eines Fabrikanten in Schottwien bei Sloggnitz, glückliche Mutter mehrerer Kinder, begründete nämlich zur allgemeinen freudigen Ueberraschung, den von ihr angemeldeten Antrag — die Errichtung weiblicher Mittelschulen betreffend, — in einem 1/2stündigen freien, mit vollendeter rhetorischer Fertigkeit gesprochenen Vortrage, in welchem sie die bringende Nothwendigkeit einer gründlicheren Bildung der Frauen überhaupt, insbesondere aber zu Zwecken des Erwerbes ebenso eingehend als geistvoll entwickelte, und die Versammlung zur Errichtung eines Unter-Realgymnasiums für Mädchen aufforderte. Die Anwesenden folgten dieser interessanten Rede mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und mit wiederholten Beifallszeichen; der gestellte Antrag wurde mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen und dem Ausschusse zur weiteren Behandlung mit Zuziehung der Antragstellerin und Sachverständiger zugewiesen. Frau Hainisch lieferte in dem Vortrage selbst den unmittelbaren Beweis, welsch' seltene Begabung, die man gewöhnlich nur bei Männern voraussetzte, Frauen besitzen können.

In letzter Zeit hat der Frauen-Erwerb-Verein auch die Leitung und Aufsicht der vom n. ö. Landes-Ausschusse ins Leben gerufenen Fortbildungsschule für Lehramt Mädchen und gewerbliche Arbeiterinnen übernommen, in welcher am Sonntag Vormittag, dann an drei Abenden von Wochentagen unentgeltlicher Unterricht im Zeichnen und Schönschreiben, in Geschäfts-Aufsätzen, im gewerblichen Rechnen, in der Buchführung, dann in den Anfangsgründen der Physik und Chemie erteilt wird. Am ersten Aufnahmestage haben sich binnen 2 Stunden schon 80 Mädchen, meist dem Arbeiterstande angehörig, zum Schulbesuche gemeldet.

Einen schönen Beitrag für die Zwecke des Vereines hat in letzter Zeit das Comité des Industriellen-Balles mit der bedeutenden Summe von 2160 fl. dem Vereine gewidmet.

(Im Salon des Reichskanzlers Grafen Beust) wird im nächsten Monat, und zwar am 6., 9. und 12. April, eine Reihe der exquisitesten Dilettantenvorstellungen stattfinden, bei welcher die Spitzen des Geistes- und Geburtsabels, sowie der Finanzwelt sich friedlich zusammensetzen werden, um auf reichsgemeinsamem Boden sich zu unterhalten. Der Zweck dieser Unterhaltung ist ein sehr schöner, es soll nämlich das ganze Erträgniß der erwähnten Vorstellungen den Verwundeten in Dalmatien zu Gute kommen. Das Entree ist auf 50 fl. ö. W. festgesetzt, dem Wohlthätigkeitssinne der hohen Aristokratie und der Börsegrößen ist übrigens keine Schranke gezogen, und es wird demnach das Erträgniß voraussichtlich ein sehr bedeutendes sein.

(Renitenz.) Gegen den Pfarrer von St. Pauls Baron Giovanelli wurde, wie die „Bozener Ztg.“ meldet, wegen seiner Renitenz gegen die Schulvisitation (worüber wir kürzlich berichtet) von Seite des Bozener Kreisgerichtes die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet.

(Asiatische Expedition.) Binnen Kurzem wird eine norddeutsche Expedition nach Ostasien abgehen mit der Aufgabe, Waarenproben von den wichtigsten Industriezweigen des Zollvereines auf die dortigen Märkte zu bringen. Die Expedition ist das Werk eines Kölner Kaufmannes und wird in einem holländischen Hafen ausgerüstet. Die preussische Regierung wendet dem Unternehmen alle ihr zu Gebote stehenden Vortheile zu, und auch die österreichische Regierung nimmt ein lebhaftes Interesse an dem Unternehmen.

(Theatergeschichten.) Wenn man von den originellen Wuthausbrüchen eines naiven Publicums auf den Werth eines Künstlers schließen darf, so muß Herr Crelinger am Hoftheater zu Detmold ein vortrefflicher Darsteller intrigirender Bösewichter sein, denn den Haß der dortigen Galeriebesucher hat er sich gründlich zugezogen. Als Beleg wollen wir zwei Aussprüche citiren, die in den letzten Tagen geschahen. Nach dem 4. Act von Hebbels „Nibelungen“ wurde Herr Crelinger als Hagen Tronje neben der als Chrimhild gastirenden Frau Niemann-Seebach namentlich und stürmisch gerufen. Als Herr Crelinger die Künstlerin bis an die Lampen vorführte, donnerte ihm eine entrißene Stimme von der Galerie zu: „Kommt der Lump auch!“ — Ein ebenso komisches Intermezzo unterbrach auf einen Moment die feierliche Gerichtsscene in Shakespeare's „Kaufmann von Venedig.“ Eben hat Chylos das Messer gezückt und will sich sein Pfund Menschenfleisch aus dem armen Antonio heraus schneiden, da spricht Porzia ihr hemmendes: „Der Schein hier gibt Dir nicht ein Tröpfchen Blut. Allein vergießest Du, indem Du's abschneidst, nur einen Tropfen Christenblut, so fällt Dein Hab und Gut nach dem Gesetze Venedigs dem Staat Venedig heim.“ Der Jude steht vernichtet und eine höhnische Stimme ertönt vom Olymp: „Na, Jude, schnied tu!“ (schneide zu!) Es war eigentlich eine Anticipation der

Worte Graziano's: „Gerechter Richter! — mer! Jud! — o weiser Richter!“ und ein glänzender Beweis der folgerechten Schreibweise des göttlichen William.

(Deutsche Gesellschaft in Newyork.) Dem jetzt vorliegenden Jahresbericht der „deutschen Gesellschaft in Newyork,“ welche im Jahre 1784 gegründet wurde und seit dieser Zeit unermüdet bestrebt war, die deutschen Einwanderer zu unterstützen und Nothleidenden Hilfe zu leisten, entnehmen wir folgende, die humane Thätigkeit der Gesellschaft illustrirende Daten: Im verflossenen Jahre wurden 9376 Dollars an Unterstützungen verausgabt; der Fonds der Gesellschaft beträgt 36.600 Dollars, die Gesamtzahl der Einwanderung im Hafen von Newyork betrug für die letzten zehn Jahre 1.736.643 Personen, darunter waren 695.177 Deutsche. Im verflossenen Jahre verschaffte das Arbeitsbureau der Gesellschaft 22.844 Männern und 12.111 Frauen angemessene Beschäftigung.

Locales.

(Die Wahl des Feuerwehrcapitans) und der übrigen Abtheilungscommandanten, ebenso die endgiltige Festsetzung der Statuten und der Dienstordnung finden heute Abend durch die Vereinsmitglieder selbst im Clubzimmer der Casino-restaurant statt, zu welchem Zwecke sich die Feuerwehrmänner recht vollzählig daselbst um 7 Uhr einfanden wollen.

(Das gestrige Leichenbegängniß des Lactirers Herrn Oberl) lockte eine ungemein große Zuschauermasse an. Herrn Oberlets Leichenbestattungsanstalt zeigte sich dabei wieder in recht vortheilhaftem Lichte; neben aller entfalteten Pracht ist doch die dem Ernste einer Leichenfeier angemessene Würde streng gewahrt und wird noch wesentlich gehoben durch die Beigabe einer recht braven Trauermusik. Die allgemeinste Aufmerksamkeit aber erregte die freiwillige Feuerwehr, die dem ersten dahingeschiedenen Kameraden zu Ehren, geführt von Herrn Hauptmann Jergisch, in voller Parade (so weit eben die bis jetzt vorhandenen Rüstungsstücke reichen) ausgerückt war. Wir müssen gestehen, daß sie in ihrer kleidsamen Tracht einen sehr vortheilhaften Eindruck machte und wir wollen nur hoffen, daß der mit dem heutigen Tage in Wirklichkeit tretende Verein den von den Vätern der Stadt gehegten Erwartungen in vollem Maße entsprechen werde, an aufmunternder Unterstützung soll es ihm gewiß nicht fehlen.

(Griechischer Gottesdienst.) Gestern traf ein griechisch-nichtunirter Geistlicher von Zara ein, um heute in einer eigens hergerichteten kleinen Capelle am Castellberge für die dort in Haft befindlichen Sträflinge griechisch-nichtunirten Bekenntnisses Gottesdienst abzuhalten.

(Die Papierfabriken zu Josefsthal etc.) wurden in eine Actiengesellschaft umgewandelt, welche ihrem Geschäfte ein Capital von drei Millionen Gulden zu Grunde legt. Die Statuten dieser Actiengesellschaft erhielten bereits die Genehmigung der Regierung.

(Die Gymnastiker Merkel), welche zuletzt in Graz mit großem Beifalle sich producirt, zugleich Künstler auf dem Trapez, sollen von Donnerstag ab durch vier Abende auf der hiesigen Bühne gastiren.

(Feuersbrünste.) Aus Obertraun, 24. d. M., wird uns geschrieben: Dienstag den 22. d. M. zu Mittag brach in der Ortschaft Leschach (Lebe), im Gerichtsbezirke Radmannsdorf, im Hause des Landmannes Nobia Feuer aus, welches in kurzer Zeit trotz der ganz windstillen Luft 8 Häuser sammt den Wirtschaftsgebäuden in Asche legte. Die meisten Einwohner des Dorfes waren im Walde mit Holzfällen beschäftigt, als das Feuer, wie man sagt durch Unvorsichtigkeit der Kinder, die in der Nähe des Dreschbodens mit Bündelchen spielten, ausbrach, und konnten daher nicht gleich zur Hilfeleistung herbeieilen. Leider war kein einziger Besitzer affecurirt. Der Schaden ist noch nicht erhoben, doch ist er ein sehr bedeutender und wird durch den Umstand noch vergrößert, daß der Werth des Bauholzes und die Preise der Arbeitslöhne durch den Eisenbahnbau um vieles gestiegen sind. Es läßt sich daher erwarten, daß die Wohlthätigkeit der hochherzigen Bewohner unseres Landes, die sich bei ähnlichen Unfällen schon so oft bewährte,

auch diesmal zur Linderung der so hart Betroffenen beitragen wird. — Am 22. d. M. Vormittags brach im Wohnhause des Grundbesizers Martin Kerzönik zu Bukoverh, Pfarre Pölland, aus bisher unbekannter Ursache Feuer aus, wobei die sämmtlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude des genannten Besizers mit Futter- und Wirtschaftsvorräthen, dann mehrere Stücke Vieh verbrannten. Leider ist auch ein Menschenleben zu beklagen. Die 72 Jahre alte Auszüglerin Margaretha Peternel, welche während des Brandes einige Habseligkeiten retten wollte, fand ihren Tod in den Flammen. Ihre Leiche wurde fast ganz verkohlt gefunden.

(Als Peterspennig Krains,) gesammelt durch die Redaction der „Danica,“ haben am 16. d. die Herren Potočnik und Thomas Rajdiž den Betrag per 2412 Francs Sr. päpstlichen Heiligkeit übergeben. Pius IX. ertheilte sämmtlichen Wohlthätern des h. Stuhles den päpstlichen Segen und belobte die Slovenen insbesondere wegen ihres „festen Glaubens.“

(Theater.) Die letzten Donnerstag stattgefundene Benefizvorstellung der Familie Nagel sah ein in allen Räumen ausverkauftes und höchst animirtes Haus, was wohl zumeist der freundlichen Mitwirkung des Frä. Hermine Schöppel zu danken ist. Die jugendliche Debutantin, mit einer höchst vortheilhaften äußeren Erscheinung und einem modulirungsfähigen Organe ausgestattet, spielte die „Margarethe Western“ in Blums „Erziehungsergebnisse“ mit staunenswerther Unbefangenheit und viel Natürlichkeit. Das Fräulein wurde auch wiederholt durch Beifall und Hervorrufe ausgezeichnet und von Seite der übrigen Mitwirkenden bestens unterstützt. In der darauf folgenden Operette „Flotte Bursche“ theilten sich Frä. Bondy und Herr Bed in den reichlich gespendeten Beifall. — Am verflossenen Samstag wurde „Blanes Blut,“ Schauspiel in 4 Acten, von Amand von Perchenfeld gegeben. Der Grundzug des Stückes ist in erster Linie die schamlose Willkür, mit welcher zur Zeit der Reaction in einigen Staaten auswärtige Politik getrieben wurde, in zweiter Linie die Hohlheit, Blasirtheit und Hochmüthigkeit der sogenannten guten Gesellschaft; als entgegengewirkendes Element, welches den Ausschlag gibt und siegreich aus dem Kampfe hervorgeht, das demokratische Princip, welches in der Person eines muthigen Plebejers gegen das morsche Gebäude einer aristokratisch-willkürlichen Handlungs- und Regierungsweise auftritt. Diese Opposition will die Hauptperson des Stückes, Hofrath Savigny, zum Staatsverbrechen stempeln, seine Intrigue wird aber durch den Verdacht aufgedeckt. Die handelnden Personen sind Hofrath Savigny (Herr Pauser), die Rechte des Ministers, der Repräsentant zugleich des hohlen Adels, stolzes mit seiner inneren Leere und der bureaukratischen Willkür, dessen Tochter Julie (Fräulein Gledoff), eine stille Reizung zum Consulatsleuten La Rouget (Herr Schmidler) hegt. Dieser im Bunde mit seinem Freunde Arnim (Herr Müller) den die coquette Gemalin des Ministers (Frau Schmidt's) in ihre Netze verstrickt, entlarvt die Schändlichkeit des Hofraths, der ein Anstellungsdecret Rouget's unterschlagen, und der Preis des Sieges ist die Hand Juliens. Was die Aufnahme des Stückes betrifft, so war sie eine nicht ungünstige, im zweiten Acte insbesondere wurde manche pikante politische und sociale Anspielung lebhaft applaudirt und nach Schluß desselben der Verfasser gerufen, die Aufführung war bis auf eine von Herrn Pauser humoristisch verdeckte Störung gelungen. Das Urtheil des Publicums erkannte diesen ersten dramatischen Versuch als einen nicht mißlungenen. Scharfere Charakteristik, insbesondere der etwas verschwommenen und wenig interessirenden Damenrollen und Zusammenziehung des Ganzen in etwa zwei Acte, dürfte übrigens dem Stücke unbedingt zum Vortheile gereichen.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Tours, 27. März. Die Geschwornen gaben nach einstündiger Berathung ein bezüglich aller Fragen negatives Verdict ab. Der Prinz ist somit freigesprochen.

Wien, 26. März. Das Abgeordnetenhaus hat das Finanzgesetz in dritter Lesung meist ohne Debatte angenommen. Der Antrag Roser's, das Lotto aufzuheben, wurde abgelehnt.

Tours, 26. März. (Proceß Bonaparte.) Die Rede des Generalprocurators warnt die Jury, Leidenschaftlichen Gehör zu geben; er verlangt die Anwendung des Gesetzes gegen den Angeklagten. Er acceptirt weder die angeführte Version des Prinzen, noch Fonvielles vollständig. Er glaubt nur, daß Noir den Prinzen geschlagen und das Fonvielle dies sogleich nach der That eingestanden habe.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Rudolfsbahn. Der Bau derselben wird, nachdem bereits über die Hälfte der für dieselbe benötigten Gräben erworben wurde, jetzt lebhaft in Angriff genommen. Sämmtliche Linien werden nur mit einem Geleise hergestellt, und soll die Linie Beyer-Rottenmann bis 1872, die Strecke Laibach-Tarvis bis Ende d. J. vollendet werden, während der Bau der Linien Klein-Neifling-Ansfetten und Villach-Tarvis noch nicht begonnen hat, da auf denselben das Terrain noch nicht eingelöst wurde. Mit Vollendung der Linie Beyer-Rottenmann ist die Hauptbahn von St. Valentin bis Villach vollständig hergestellt und gewinnt die Bahn dadurch, daß die augenblicklich im Bau begriffene Strecke Linz-Budweis auch in St. Valentin ausmündet, sehr an Bedeutung, da auf diesem Wege die Verbindung mit Norddeutschland bedeutend abgekürzt wird.

Wochenausweis der Nationalbank vom 23. März. Banknotenmlauf fl. 262,222.980. Bedeutung: Metallschatz 115,933.573 fl. 30 kr., in Metall zahlbare Wechsel 31,778.720 fl. 23 kr., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 2,653.438 fl. Escompte 64,075.947 fl. 2 kr., Darlehen 33,906.600 fl., eingelöste Coupons von Grundentlastungsbilligungen 32,790 fl. 83 kr., 15,844.000 fl. eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe zu 66%, pEt. 10,562.666 fl. 66 kr., zusammen 263 Mill. 943.736 fl. 9 kr.

Laibach, 26. März. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Getreide, 15 Wagen und 2 Schiffe (10 Mskr.) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another unit. Includes items like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Kukurug, Erdäpfel, Linfen, Erbsen, Fisoln, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, geräuchert, Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Hühner, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz, hart, weiches, Wein, rother, Cimer, weißer.

Lottoziehung vom 26. März.

Wien: 77 31 84 28 18. Graz: 23 29 19 58 45.

Theater.

Heute: Flotte Bursche, Operette in 1 Acte, und Servus Herr Stuberl, Posse in 1 Acte. Morgen: Eine Försterfamilie, Schauspiel in 4 Acten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Meteorological observation table with columns: Date, Time, Barometer, Wind, Temperature, Humidity, etc. Includes data for 26. and 27. März.

Börsenbericht. Wien, 26 März. Die Börse war sehr animirt. Creditactien hoben sich von 289.90 auf 290.90, Anglo von 354.50 bis 356.50. In Vereinsactien kamen Schlüsse bis 120, in Volksbank bis 85 vor. Ungarische Creditactien notirten 95, Francobank 119.75. Bankvereinsactien variirten zwischen 250 und 252. Von Eisenbahnactien wurden Lombarden zwischen 245.30 und 246, Karajan-Oberberger zu 65, ungarische Ostbahn 98.25, 98.50 umgesetzt. Besondere Beachtung fanden Baubank, welche bei 74.75-75 wieder 2 fl. höher notirten. Auch Tramway besserten sich von 205.50 bis 206.50, und die lange vernachlässigten Actien der Handelsgesellschaft für Forstproducte wurden um 4 fl. besser mit 14 bezahlt. An der Mittagsbörse schwächten sich die Curse ab, doch blieb die Gesamthaltung eine ziemlich günstige. Man notirte bei Abgang des Berichtes.

Table with 2 columns: Title and Price. Includes sections for A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Actien von Bankinstituten, D. Actien von Transportunternehmungen.

Table with 2 columns: Title and Price. Includes sections for E. Pfandbriefe, F. Prioritätsobligationen.

Table with 2 columns: Title and Price. Includes sections for G. Privatlose, Wechsel, and Cours der Geldsorten.